

BILDNACHRICHTEN



GAST AUS JAPAN AN TU Vom 7. bis 11. Juli 1965 besuchte Professor Dr. Juro Horii das Institut für Elektrochemie und physikalische Chemie der TU. Der jetzt 64jährige Wissenschaftler ist Direktor in Sapporo, der Hauptstadt der nördlichsten großen Insel Japans. Er ist seit Jahrzehnten eine anerkannte Autorität der Katalyseforschung und hat in den letzten Jahren besonders über der Katalyse der Ammoniak-, der Blausäure- und der Äthylensynthese gearbeitet. Dabei untersuchte er sowohl theoretische Probleme als auch Fragen, die für die Praxis bedeutungsvoll sind, z. B. besonders geeignete Katalysatoren und optimale Reaktionsbedingungen. Neben seinem hauptberuflichen Arbeitsgebiet beschäftigt sich Prof. Horii außerdem mit elektrochemischen Problemen (Elektrodenkinetik, Korrosion). Auch dabei ist bei seinen Forschungen die enge Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis bemerkenswert. - Bedingt durch die gemeinsamen Arbeitsgebiete ergaben sich viele Anknüpfungspunkte zu interessanten und für beide Teile förderlichen Diskussionen. Der japanische Gast war sehr beeindruckt von dem hohen Stand der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Prof. Dr. Dr. h. c. K. Schwabe

und erklärt, daß die Abgeordneten „nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind, ist das Wahlsystem in der Praxis eindeutig. Es ist daher auch keinesfalls ein Zufall, daß die Vorbereitung der Wahlen und die Angriffe auf entscheidende Bestimmungen der Verfassung durch die Politik der Notstandsverordnungen zeitlich zusammenfallen.

Wie steht es um Freiheit und Gleichheit zu den Bundestagswahlen am 19. September? Durch das Verbot der KPD ist die Wahl kommunistischer Abgeordneter unterbunden. Die Wahl fortschrittlicher Abgeordneter der DFD wird durch Hetze und Verleumdung behindert. Die Forderungen der Gewerkschaften werden diskriminiert und abgewiesen, obwohl sie die Interessen von drei Vierteln der Bevölkerung vertreten.

Aber nicht nur durch die staatlichen und nichtstaatlichen, ökonomischen, politischen und ideologischen Mittel der direkten Wahlbehinderung allein wird den fortschrittlichen Kräften eine echte Alternative zur Bonner Politik erschwert, vor allem auch durch die betrügerischen Wahlrechtsbestimmungen selbst.

Der Bonner Wahlprozeß ist seit 1949 mehrmals geändert worden, um die einmal geschaffenen Machtverhältnisse zu stabilisieren. Die wichtigste Einschränkung der freien Wahlentscheidung war die 1953 eingeführte 3-Prozent-Klausel. Danach brauchte eine Partei etwa anderthalb Millionen Stimmen oder wenigstens drei Direktkandidaten in den Wahlkreisen, um in den Bundestag zu gelangen. Diese reaktionäre Bestimmung behindert die parlamentarische Wirksamkeit einer wirklichen Opposition in Westdeutschland. Waren im Bonner Bundestag von 1949 noch zehn Parteien vertreten, so 1961 nur noch drei. Übriggeblieben sind solche Parteien, bei denen eine innere Identität zwischen ihren politischen Zielen und den Interessen der Monopolbourgeoisie besteht.

Einige Millionen der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland sind nicht wahlberechtigt. Überwiegend handelt es sich um Jugendliche. Das Wahlrecht

beginnt erst mit 21 Jahren. Die jungen Westdeutschen sind nicht zu jung, um mit 18 Jahren der allgemeinen Wehrpflicht zu genügen und für die Interessen des Militarismus sterben zu lernen. Sie werden jedoch politisch im Stadium der Unmündigkeit gehalten.

Beim Wahlvorgang entzieht ein raffiniertes System von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, von Erst- und Zweitstimmen dem Wähler die Kon-

trollen über die eigentliche Wertung seiner Stimme. Jeder Wähler verfügt über zwei Stimmen. Mit den Erststimmen werden in 247 Wahlkreisen mit im Durchschnitt 210 000 Einwohnern nach dem relativen Mehrheitswahlsystem 50 Prozent der Bundestagsabgeordneten gewählt. Das heißt, derjenige Kandidat gilt als gewählt, der im Verhältnis zu den anderen Kandidaten die meisten der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.

Über die sogenannten Landslisten der Parteien rücken mit den Zweitstimmen der Wähler die übrigen 50 Prozent, von 247 Bundestagsabgeordneten in den Bundestag. Hier wer-

den die Zweitstimmen für die Parteien länderspezifisch gezählt und die Mandate nach dem Verhältniswahlsystem auf die Parteien verteilt - allerdings solche Parteien, die nicht mindestens 50 Prozent aller gültigen Stimmen im ganzen Bundesgebiet erreichen, finden keine Berücksichtigung.

Haben die Wähler schlechthin nur geringen Einfluß auf die Auswahl der Direktkandidaten, da ihre Nominierung berufen, sucht man im westdeutschen Wahlsystem vergeblich. Einmal gewählte Abgeordnete abzurufen haben die ursprünglichen Wähler keinerlei Möglichkeit. In bezug auf das neue demokratische Wahlsystem der DDR erklärte Walter Ulbricht deshalb: „Würde man in Westdeutschland so verfahren, dann würden viele der Vertreter der Notstandsgesetze, die Blutrührer und andere Reaktionsäre von der Bevölkerung abgelehnt und durchfallen.“

Die Mitwirkung der Werktätigen bei den Wahlen soll tatsächlich auf den formalen Akt der zwei Kreuze reduziert werden, die sie alle vier Jahre in die Wahlscheine setzen dürfen.

Während man jeden Wunderglauben an den Stimmzettel bei einer undemokratischen Wahlpraxis zerstören muß, als könne allein durch Wahlen ein demokratischer Staat entstehen (gerade das deutsche Volk hat diese Erkenntnis zu teuer bezahlen müssen), so muß zugleich unterstrichen werden, daß das nicht besagt, daß Wahlen im Prozeß um die Lösung der Machtfragen zugunsten des Volkes, im Ringen zwischen Demokratie und Klassendiktatur der Monopole, zwischen Frieden und Krieg, zwischen Kräften des Sozialismus und des Imperialismus keinerlei Rolle zu spielen vermögen. Wenn die Wahlen in der DDR die bewußte Mitwirkung der Millionen an der Gestaltung des gesamten politischen, staatlichen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Lebens bedeuten, so wird den westdeutschen Werktätigen die Notwendigkeit für die Verwirklichung realer Demokratie und Selbstbestimmung demonstriert. Würde die Bevölkerung Westdeutschlands in allen Formen gegenüber den Kandidaten ihren Willen kundtun, was sie von dem nächsten Bundestag erwartet, würde sie für den Frieden wählen und für den Frieden handeln, dann könnte mit Hilfe des Wahlkampfes ein Schritt für die Demokratie getan werden. Die westdeutschen Wähler können sich nur auf jene Kandidaten orientieren, die die nationale Politik als Hauptlinie auch im Wahlkampf verfolgen.

Hierin liegt die Verantwortung der Wähler, die Möglichkeit der Wahlen.

(FORTSETZUNG VON SEITE 1)

ZWEI WAHLEN ZWEI WELTEN

in geschlossenen Veranstaltungen der Parteien erfolgt, so ist ihr Einfluß auf die Mandatsträger von den Landslisten gleich Null. Landslisten können nur von den zuständigen Landesvorständen der Parteien aufgestellt werden. Wenn in der DDR die Einwohnerversammlungen des jeweiligen Gebietes das entscheidende Wort über die Kandidaten der Nationalen Front sprechen, so sind die Kandidaten in Westdeutschland für die Kritik fast unerreichbar. Eine Voreinstellung und Rechenschaftspflicht im Sinne unseres Wahlsystems gibt es für die Kandidaten der Bundesrepublik nicht. Das Recht der Wähler, Wähleraufträge zu erteilen, Kandidaten abzu-

gewählt werden können. Es hat sich gezeigt, daß zwischen der Theorie und der Praxis, nämlich wie diese Theorie angewendet wird, ein sehr großer Unterschied besteht. Theoretische Betrachtungen finden allgemein wenig Interesse, und alle Fragen werden nur von der praktischen Seite her betrachtet. Das führt dazu, daß für bestimmte Maßnahmen kein Verständnis aufgebracht wird und sie als unlogisch angesehen werden, da die theoretische Grundlage fehlt. Andererseits habe ich eine Offenherzigkeit in der Diskussionsweise kennengelernt, die mir von der TU her völlig unbekannt ist.

Einige Millionen der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland sind nicht wahlberechtigt. Überwiegend handelt es sich um Jugendliche. Das Wahlrecht

beginnt erst mit 21 Jahren. Die jungen Westdeutschen sind nicht zu jung, um mit 18 Jahren der allgemeinen Wehrpflicht zu genügen und für die Interessen des Militarismus sterben zu lernen. Sie werden jedoch politisch im Stadium der Unmündigkeit gehalten.

Beim Wahlvorgang entzieht ein raffiniertes System von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, von Erst- und Zweitstimmen dem Wähler die Kontrolle über die eigentliche Wertung seiner Stimme. Jeder Wähler verfügt über zwei Stimmen. Mit den Erststimmen werden in 247 Wahlkreisen mit im Durchschnitt 210 000 Einwohnern nach dem relativen Mehrheitswahlsystem 50 Prozent der Bundestagsabgeordneten gewählt. Das heißt, derjenige Kandidat gilt als gewählt, der im Verhältnis zu den anderen Kandidaten die meisten der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.

Über die sogenannten Landslisten der Parteien rücken mit den Zweitstimmen der Wähler die übrigen 50 Prozent, von 247 Bundestagsabgeordneten in den Bundestag. Hier wer-

den die Zweitstimmen für die Parteien länderspezifisch gezählt und die Mandate nach dem Verhältniswahlsystem auf die Parteien verteilt - allerdings solche Parteien, die nicht mindestens 50 Prozent aller gültigen Stimmen im ganzen Bundesgebiet erreichen, finden keine Berücksichtigung.

Haben die Wähler schlechthin nur geringen Einfluß auf die Auswahl der Direktkandidaten, da ihre Nominierung berufen, sucht man im westdeutschen Wahlsystem vergeblich. Einmal gewählte Abgeordnete abzurufen haben die ursprünglichen Wähler keinerlei Möglichkeit. In bezug auf das neue demokratische Wahlsystem der DDR erklärte Walter Ulbricht deshalb: „Würde man in Westdeutschland so verfahren, dann würden viele der Vertreter der Notstandsgesetze, die Blutrührer und andere Reaktionsäre von der Bevölkerung abgelehnt und durchfallen.“

Die Mitwirkung der Werktätigen bei den Wahlen soll tatsächlich auf den formalen Akt der zwei Kreuze reduziert werden, die sie alle vier Jahre in die Wahlscheine setzen dürfen.

Während man jeden Wunderglauben an den Stimmzettel bei einer undemokratischen Wahlpraxis zerstören muß, als könne allein durch Wahlen ein demokratischer Staat entstehen (gerade das deutsche Volk hat diese Erkenntnis zu teuer bezahlen müssen), so muß zugleich unterstrichen werden, daß das nicht besagt, daß Wahlen im Prozeß um die Lösung der Machtfragen zugunsten des Volkes, im Ringen zwischen Demokratie und Klassendiktatur der Monopole, zwischen Frieden und Krieg, zwischen Kräften des Sozialismus und des Imperialismus keinerlei Rolle zu spielen vermögen. Wenn die Wahlen in der DDR die bewußte Mitwirkung der Millionen an der Gestaltung des gesamten politischen, staatlichen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Lebens bedeuten, so wird den westdeutschen Werktätigen die Notwendigkeit für die Verwirklichung realer Demokratie und Selbstbestimmung demonstriert. Würde die Bevölkerung Westdeutschlands in allen Formen gegenüber den Kandidaten ihren Willen kundtun, was sie von dem nächsten Bundestag erwartet, würde sie für den Frieden wählen und für den Frieden handeln, dann könnte mit Hilfe des Wahlkampfes ein Schritt für die Demokratie getan werden. Die westdeutschen Wähler können sich nur auf jene Kandidaten orientieren, die die nationale Politik als Hauptlinie auch im Wahlkampf verfolgen.

Hierin liegt die Verantwortung der Wähler, die Möglichkeit der Wahlen.



EIN VATI HATTE DIE IDEE Hinein- und herausklettern, an Rädern drehen und Hebel bewegen. Soviel Freude soll es ja den Kindern auch machen. Das war Sinn und Zweck der vielen Arbeit, die das Kollektiv der Zentralwerkstatt gemeinsam mit ein paar Studenten am Bau dieser Rakete investierte. Am Internationalen Kindertag in diesem Jahr wurde sie dem Patenkindergarten Bergstraße übergeben. Die Idee stammte von einem Vati, der ein röhrenähnliche Gerippe, Reste von einem ehemaligen Flugzeug, organisierte. Ob es schon erste Vorbereitungen für die spätere Kosmonautenlaufbahn gibt? Foto: Griebel

Praktikum steigert Selbstbewußtsein

(Fortsetzung von Seite 1)

zeln Fächern zu erkennen. Das Zusammenwirken der verschiedenartigsten Gebiete und ihre logischen Beziehungen zueinander läßt sich, so glaube ich, nur in der Praxis erkennen, wozu das Ingenieurpraktikum sehr geeignet ist.

Die fachlichen Erfahrungen, die im Praktikum gesammelt werden, führen auch zu einer charakterlichen Festigung. Sehr wesentlich ist dabei, daß der Student für die Dauer des Ingenieurpraktikums Angehöriger des Betriebes ist. Er wird dadurch gezwungen, am Betriebsgeschehen mit allen Rechten und Pflichten teilzunehmen. Das steigert neben dem Selbstbewußtsein auch das Pflichtgefühl, vor allen Dingen aber das selbständige Arbeiten. Meinungsantausch und Beweisführung am praktischen Beispiel lassen schneller die Schwächen bei sich selbst erkennen, die es zu überwinden gilt. Das trifft ebenso auf politische wie auf fachliche Fragen zu. Die wissenschaftliche und stark mit Theorie angereicherte Ausbildung an der TU gerade auf ideologischem Gebiet läßt schnell das Gefühl für die Denkweise anderer Menschen verschwinden. Sehr schnell mußte ich erkennen, daß man mit theoretischen Erörterungen nicht diskutieren und schon gar nicht überzeugen kann. Es fehlen in jedem Fall prakti-

sche Erfahrungen, die als Beweismaterial angeführt werden können. Es hat sich gezeigt, daß zwischen der Theorie und der Praxis, nämlich wie diese Theorie angewendet wird, ein sehr großer Unterschied besteht. Theoretische Betrachtungen finden allgemein wenig Interesse, und alle Fragen werden nur von der praktischen Seite her betrachtet. Das führt dazu, daß für bestimmte Maßnahmen kein Verständnis aufgebracht wird und sie als unlogisch angesehen werden, da die theoretische Grundlage fehlt. Andererseits habe ich eine Offenherzigkeit in der Diskussionsweise kennengelernt, die mir von der TU her völlig unbekannt ist.

Im Praktikum kann bereits eine Einschätzung getroffen werden, für welche Arbeit besonderes Interesse vorliegt und auf welchem Gebiet die besten Fähigkeiten entwickelt werden können. Die Entscheidung kann also nur in der Richtung erfolgen, daß man sich für den Einsatz auf technologischem Gebiet, im Konstruktionsbüro, für die Richtung als Montageingenieur usw. entscheidet. Eine Auswahl des Betriebes ist nur nach der Form der Arbeit auf dem vorgesehenen Gebiet möglich. So bin ich bei der Auswahl meines späteren Einsatzes, der auf konstruktivem Gebiet liegen soll, vom Gesichtspunkt der Universalität der Arbeit ausgegangen.



Student Hasse, Institut für Pädagogik, hat seine Arbeit im Zeitraum von zwei Monaten im VEB Kranbau Oberswalde angefertigt. Er selbst sagte dazu:

„Der Praktikant wird erstmalig während des Praktikums mit dem praktischen Produktionsprozeß konfrontiert und muß sich mit einem Problem allein beschäftigen. Fast stets, daß der Student durch das Praktikum selbstbewußter wird, er muß eine Aufgabe lösen und ist dafür voll verantwortlich. Ich möchte herausstellen, daß das Ingenieurpraktikum einen wesentlichen Schritt zur Verbesserung der Hochschulausbildung darstellt.“

FRAGEN zu den WAHLEN

In der DDR gibt es keine Klassengegensätze. Die Arbeiterklasse, die Klasse der Genossenschaftsbauern und die anderen Schichten der werktätigen Bevölkerung sind miteinander in Freundschaft verbunden. Sie haben gemeinsame Grundinteressen. Dadurch hat die Frage nach der Aufstellung irgendwelcher besonderer Oppositionslisten keinerlei Substanz.

Walter Ulbricht auf der 19. Sitzung des Staatrates

Ist eine Konkurrenz der Parteien bei Wahlen demokratischer?

(UZJW) Es wurde die Frage im Internationalen Zeitlager in Gera-Mühlitz von einem westdeutschen Jugendlichen gestellt, ob nicht die westdeutschen Wähler bessere Chancen hätten. Auf Grund mehrerer Listen von untereinander konkurrierenden Parteien könnten mehr Kandidaten als in der DDR ausgewählt werden, was der Frage für demokratischer heißt.

**Dazu antwortet
Genosse Gerolf Schönfelder**

Denken wir für einen Moment vier Jahre zurück: 17. September 1961, Bundestagswahl. An jenem Herbstsonntag wählte Herr X die CDU, Frau Y die Freien Demokraten. Als sich wenig später der neue Bundestag konstituierte, nahm der Abgeordnete Gustav Stein, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Industrie, bei dem Christdemokraten Platz. Dr. Menne, Vizepräsident des gleichen BDI, bei der FDP-Fraktion. Zwei Parteidokumente, zwei Wahlzettel - doch als Ergebnis dieselbe Konzernpolitik. So wird der westdeutsche Wähler überlistet.

Mehrere Listen, Konkurrenz der Parteien - das alles totzuputzt sich bei näherem Hinsehen rasch als Sibirer Trick. Denn in jedem Bundestag seit 1949 gab nur einer den Ton an: die Großbourgeoisie. Ende 1964 zählte man im Bonner Parlament nicht weniger als 181 Aufsichtsratsmitglieder, Direktoren und Unternehmer. Und Arbeiter? Ganze fünf!

des nächsten Bundestages unwiderruflich gewählt, und zwar von den Parteien, nicht etwa von den Wählern“, schrieb Mitte Juni 1968 Sebastian Haßner im Hamburger „Stern“. Öffentliche Nominierung der Kandidaten, ihre Prüfung auf Herz und Nieren in den verschiedensten Wahlveranstaltungen, dann erst Bestätigung der Listen durch die Wahlvertreterkonferenzen - was bei uns eine demokratische Selbstverständlichkeit ist, wird man zwischen Kiel und München vergebens suchen.

Wie anders unsere DDR. Hier gelten die Ziele des Volkes: Erhaltung des Friedens, friedliche Lösung der nationalen Frage, Vollendung des sozialistischen Aufbaus. Da sich in dieser Grundkonzeption SED, CDU, LDPD, NPD und DDD völlig einig sind, findet man ihre Kandidaten mit denen der Massenorganisationen auf der gemeinsamen Liste der Nationalen Front. Das ist ehrlich und entspricht der kameradschaftlichen Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in der DDR.

Westdeutschlands Demokratie der geklinkten Karten dagegen, wo verschiedene Listen doch nur zum gleichen reaktionären Resultat führen, ist ein perfekter Betrug am Wähler. Denn trotz aller Wahlen wurde die Bundesrepublik, wie der westdeutsche Publizist Erich Kuby schreibt, zum Staat des Atombombeneigentums und der Notstandsgesetze. Haben das etwa die Millionen westdeutschen Wähler gewählt?

Was Westdeutschland braucht, ist eine neue Politik mit neuen Männern. Die Mehrheit der Westdeutschen muß die Regierung sorgen, die mit der Politik der Provokationen, der Anheftung der Spannungen und der Kriegsvorbereitung Schluss macht.

Wie werden die Kandidaten zu den örtlichen Volksvertretungen ausgewählt?

(ND) Zunächst beschließen die Volksvertretungen der Gemeinden, Städte, Bezirke, Städte und Kreise die Zahl der Abgeordneten für die neuwählende Volksvertretung sowie die Zahl der in den Wahlkreisen zu wählenden Abgeordneten. Das bildet die Grundlage für die Beratungen der Ausschüsse der Nationalen Front in den Gemeinden, Städten und Kreisen. Hier treffen die in der Nationalen Front vereinten Parteien und Organisationen die notwendigen Vereinbarungen, wie die Mandate zu den jeweiligen Volksvertretungen zu verteilen sind.

Gleichzeitig fordern die Ausschüsse der Nationalen Front alle Parteien und Massenorganisationen auf, ihre Kandidaten vorzuschlagen einzureichen. Ihnen wird empfohlen - und das ist sehr wesentlich - diese Vorschläge mit den Kollektiven, in denen die Kandidaten arbeiten, oder mit den Bürgern ihres Wohngebietes gemeinsam zu beraten.

Haben die Parteien und Massenorganisationen ihre namentlichen Vorschläge bei den Ausschüssen der Nationalen Front eingereicht, werden diese sofort überprüft und bestätigt. Danach werden sie als Vorschläge der Nationalen Front veröffentlicht und allen Bürgern zur Diskussion gestellt. Auf Einwohnerversammlungen und anderen Zusammenkünften erhalten die Wähler die Möglichkeit, die Kandidaten kennenzulernen. Sie können sich hier mit ihnen beraten, bei zwingenden Gründen Einwände gegen einzelne Kandidaten er-

heben oder auch zusätzliche neue Vorschläge unterbreiten.

Nach Abschluß der öffentlichen Diskussionen entscheiden die Ausschüsse der Nationalen Front nunmehr endgültig über die Kandidatenliste und über die Aufteilung der Kandidaten auf die Wahlkreise. Diese Kandidatenlisten werden sodann mit dem Vorschlag, in welcher Reihenfolge die Kandidaten aufgestellt werden, den Wahlvertreterkonferenzen bzw. den Wählerversammlungen zur Entscheidung vorgelegt. In diesen Konferenzen bzw. Versammlungen stellen sich auch die Kandidaten persönlich vor. Die Wahlvertreter als Vertrauensleute unserer Bevölkerung haben also hier die Möglichkeit, die Kandidaten sehr sorgfältig zu prüfen, an sie Fragen zu stellen und auch Wähleraufträge zu erteilen. Sind die Kandidatenlisten durch die Wahlvertreter bestätigt, werden diese Vorschläge von den zuständigen Wahlkommissionen nach Wahlkreisen veröffentlicht.

Von jedem Bürger unserer Republik wird erwartet, bei diesen Volksversammlungen sehr verantwortungsbewußt von seinen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten Gebrauch zu machen. Es liegt in seiner Hand, dafür zu sorgen, daß die fähigsten Bürger unserer Republik in die örtlichen Organe der Staatsmacht gewählt werden.

Herbert Werner,
Mitarbeiter im Sekretariat des
Nationalrates der Nationalen Front

Demokratische Vorbereitung der Wahlen in der DDR

Die demokratische Vorbereitung der Wahlen in der DDR wird durch eine Reihe Merkmale charakterisiert. Entsprechend dem demokratischen Charakter der Wahlen in der DDR werden die wichtigsten Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung - die nationale Mission der DDR und die sich daraus ergebenden Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, in Vorbereitung der Kommunistischen Revolution - im Mittelpunkt der Arbeit der örtlichen Volksvertretungen - eingebunden mit der Bevölkerung beraten. Mit der Rechenschaftslegung ist jedoch die Arbeit der örtlichen Volksvertretungen nicht beendet. Sie tragen weiterhin die Verantwortung, bis diese durch die neugewählten Volksvertretungen übernommen wird. Gerade jetzt in der Vorbereitung der Wahlen ist eine weitere Verbesserung der Arbeit notwendig, um Verbesserung der Volkswirtschaftsplanung und die Verwirklichung der neuen Beschlüsse stellen, mit Erfolg zu lösen. Die Behandlung der nationalen Probleme und die Erfüllung des Planes verlangen große Anstrengungen. Im Mittelpunkt der Arbeit der örtlichen Volksvertretungen bei der Erfüllung der Aufgaben der nächsten Monate stehen:

- die Verbesserung der Leitungstätigkeit der Räte und ihrer Organe;
- die verantwortungsvolle Mitarbeit der Volksvertreter in ihren Wahlkreisen und Siedlungs- und Arbeitskollektiven;
- die Einberufung breiter Kreise der Bevölkerung in die Planung und Durchführung der Aufgaben in den Städten und Gemeinden;
- die enge Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Nationalen Front, der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen.

Aus „Presseinformationen“ Nr. 46
„Universalien“ Seite 3